

Die Freie Presse

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen. Einzelpreis 5 Mark

Nr. 471 Jahrg. 215
Morgen-Ausgabe
Anzeigenpreis: Die 8sp. 84 mm breite mm-Grundschrift 10.—A. Die 8sp. 90 mm breite mm-Grundschrift 40.—A. Rabatt nach Satz. Zeitungsstellen: Halle-Blade.
Gesetzliche Halle-Blade: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Centrale 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachkonto: Leipzig 20 512.
Sonnabend, 7. Oktober 1922
Gesetzliche Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurier 77. 6200
Eigene Berliner Schriftleitung. — Druck u. Druck von Otto Hilt, Halle-Blade

Der neue russisch-französische Allianz?

Der neue russisch-französische Kurs

Paris, 6. Oktober.
Die „Chicago Tribune“ veröffentlicht Meldungen über Moskau Korrespondenten über angebliche Pläne zur Wiederherstellung der russisch-französischen Allianz. Bericht, der am 15. Oktober am Abend veröffentlichte, will, daß dem Vertreter der „Chicago Tribune“ erklärt haben, Rußland sei entschlossen, seine Beziehungen zu Frankreich anzuerkennen. Er werde sich bemühen, die französische öffentliche Meinung von der Richtigkeit dieser Ansicht zu überzeugen, und wenn dies gelingen sei, werde eine Annäherung nicht mehr im Wege stehen.

Der Korrespondent fragte Perrot, ob die französischen Sozialisten die Rückkehr Boncompagni vor einer deutschen Revolution wollten und deshalb eine Vereinigung mit Rußland anstrebten. Perrot habe diese Frage dem Kaiser nach bejaht; im Augenblick sei Deutschland schwach, in Zukunft aber werde es außerordentlich gefördert werden. Deutschland sei weniger Republik als Rußland; in Deutschland sei die Demokratie an der Oberfläche, in Rußland tief zu liegen.
Der Korrespondent der „Chicago Tribune“ will übrigens auch von einer „hohen Persönlichkeit“ im Außenministerium des Kaiserreichs gehört haben, daß die Frage einer Annäherung Rußlands an Frankreich tatsächlich auf der Tagesordnung stehe.

Mobilisierung der russischen Flotte im Schwarzen Meer

Neues Eindringen der Türken in die neutrale Zone

Roson, 6. Oktober.
Hier sind Nachrichten aus Kleinasien eingelaufen, nach denen in der neutralen Zone in Sandras am Schwarzen Meer in einer Entfernung von 100 Kilometern türkische Kavallerie aufgetaucht ist. Man schließt daraus, daß Kemal Pascha tatsächlich die Absicht hat, auf Konstantinopel zu marschieren und womöglich einen siegesreichen Beschluß schon erzieht hat. Anlaufstellen in Moskau in London außerordentlich beunruhigt. Es wird hier kategorisch erklärt, daß man den Türken keinesfalls erlauben würde, vor Beendigung der Friedenskonferenz nach der europäischen Seite hinüberzugehen. Die Kriegsgeschichte wird hier, als noch keineswegs beendet, betrachtet. Das Aufstehen türkischer Kavallerie am Schwarzen Meer scheint zu beweisen, daß die Türken nimmermehr den Konflikt von den Dardanellen an den Bosphorus verlegen wollen.

Nach einer Meldung der „Times“ hat sich die Sowjetregierung entschlossen, die Flotte im Schwarzen Meer zu mobilisieren und den Seeleuten jeden Urlaub zu verweigern.

Paris, 6. Oktober.

Die französische Presse ist stetig und erwartet nicht wie gestern, daß die Beratungen in Mudania einen ungemächlichen Verlauf nehmen werden. Das „Echo de Paris“ schreibt, die Deutschen aus Mudania seien immer noch unzufrieden. Die französischen und englischen Vertreter hätten es, da sie unbeschränkte Vollmacht hätten, nicht für nötig, ihren Regierungen eine eingehende Darstellung der Erörterungen zu geben, so lange nicht ein festes Ergebnis erzielt sei.

Weber die Tschanan-Frage, die die Weizenengfrage beherrschte, habe man noch keine Klarheit. Es handelte sich um Krieg oder Frieden. Damit es Frieden werde, müßten die Türken eine englische Besatzung auf dem asiatischen Meer der Weizeneng bilden, oder die Engländer müßten gestatten, daß die Weizeneng von Tschanan nach Gallipoli verlegt werde. Eine solche Lösung über englische Besetzung ließe aber noch nicht im Zweifel. Sie von der britischen Seite zugelassen Telegramme aus Konstantinopel berichteten sogar von einer Verletzung der neutralen Zone von Konstantinopel durch türkische Kavallerie. Der „Petit Parisien“ glaubt, daß die Weizeneng in Mudania sich etwas beruhigen werde.

London, 6. Oktober.

Die „Times“ schreibt zu der Antimotivnote der Angarabewegung, der Lord der Rote lasse darauf schließen, daß sich die Kemalisten nicht in einer sehr nachgiebigen Stimmung befinden. Zu dem Bericht, daß Embra anstelle von Bismarck der Sitz der Friedenskonferenz sein solle, sagt das Blatt, die Delegierten zu erziehen, an dem Orte der Berührung und der Wiederemission zusammenzufassen, die erst vor wenigen Wochen vorgekommen seien, beweise entweder Gefühlslosigkeit gegenüber den dort beengenden Taten oder Verachtung des Interesses der Welt. Der nächste Vorschlag der Teilnehmer von Genoa zu werden, die Türkei und Georgien an der Friedenskonferenz sei noch wichtiger und noch weniger annehmbar; der darauf bezügliche Teil der Note sei vielleicht nicht weiter als ein Winken für die bolschewistischen Militärs Angoras, die natürlich betrübt seien, ihren Triumph von Genoa zu werden, und zu erweisen. Der Vorschlag sei selbstverständlich unannehmbar. Die Weizsäcker der Türkei und Georgien als unabhängige Staaten sei wohl ein Beweis für eine fast ungläubliche Unkenntnis oder für das Gefühl der Verachtung gegenüber den Militärs. Diese Staaten seien, wie jedermann wisse, nur Satelliten der Bolschewisten, die durch ihren Willen geschaffen worden seien und sich ihren Verbänden vollkommenen Fü-

ten. Die Türken dürften nicht vergessen, daß alle Angebote der gemeinsamen alliierten Note nur bedingt gemacht seien, einschließlich der Wiederherstellung Konstantinopels und der Wahrung Osttrabzon; sie seien gemacht ein für allemal unter der ausdrücklichen Bedingung, daß der Friede wirksam unter den Auspizien des Völkerbundes die Freiheit der Dardanellen und des Karpatenmeeres und des Bosphorus sowie den Schutz der Nationen und der Religionsminderheiten sichere. Den wichtigsten Informationen zufolge sehe die Lage zweifellos ernst aus. Man könne nur hoffen, daß spätere Nachrichten die Ansicht verbessern.

Für eilige Leser

Der Devisenmarkt war wiederum fest. Am Getreidemarkt bestand das größte Interesse für Weizen. Die anderen Effekten waren ungleichmäßig. Der Rohzuckermarkt erlitt vor bei reger Nachfrage und geringem Angebot.

In der gestrigen Sitzung des preussischen Landtages stand ein Zentrumsantrag zur Einberufung der Preissenkung auf der Tagesordnung. Der Landtag beschloß sich bis zum 17. Oktober.

Der französische Botschafter Laurent hat dem auswärtigen Amt mitgeteilt, daß er von seinem Posten abtreten werde und daß als sein Nachfolger der Botschafter in Aussicht genommen sei.

Der frühere britische Schatzkanzler Mac Kenna erklärte Berichterstatter, er erwarte eine amerikanische Entschloß an Deutschland für nötig, glaube indessen, daß sie so lange unmöglich sei, als Deutschland nicht ein Moratorium erhalte, das lang genug sei, um die Welt zu stabilisieren, und als es nicht der Reparationskommission das bezahle, was es sich selbst verpflichtet hat.

Die französische Oberkommission melde, daß die unterbrochene Konferenz von Mudania wieder aufgenommen wird. Die alliierten Generale treffen am Abend des „Tren Duce“ zurück.

Mehreren vormittag empfangen Boncompagni den früheren griechischen Ministerpräsidenten Benizelos.

Zwei griechische Militärs haben Sabotage in der Richtung nach Adrianopel verübt.

Nach dem Konstantinopeler Korrespondenten der „Chicago Tribune“ hat dem griechischen General Makrakis drei Tage Zeit gewährt worden, um aus Äglen die Zusage zur Wahrung Tranzon zu erlangen. Falls man in Äglen ablehnt, werden die Militärs Swansandmann erreichen, selbstweise die Stände der griechischen Äglen durchzuführen.

Nach einer Meldung aus Äglen ist der ehemalige Leiter der Militärmission in Konstantinopel, General Katschakis, zum Gouverneur von Tranzon ernannt worden.

Wie die „Chicago Tribune“ meldet, haben die Truppen Enver Paschas zwei bolschewistische Divisionen bei Samarra vernichtet.

Nach dem „Matin“ wird Marshall Hoch Frankreich bei den Krönungsfeierlichkeiten in Bukarest vertreten.

Italienischen Witterungsmeldungen nach ist mit einem Rücktritt des Kabinetts de Facto zu rechnen.

Der „Gesellschaftsstaats Revue“ zufolge sind die Bemühungen des Abgeordneten Wehler, ein neues sozialistisches Kabinett zu bilden, an der Haltung der sozialistischen Sozialisten gescheitert. Schwie hat dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, er sehe keine Mission als beendet an. Die Führer der sozialistischen Sozialisten werden zum Präsidenten der Republik geladen werden.

Verhandlungen zwischen den Organisations zur Beilegung der Auswertung im Werneer der Siemens-Saife-A.G. haben zu einer Ueberenunft geführt, worin die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Fortkommnisse vom 2. Oktober mitteilt und das von der Direktion unter Zwang und Bedrohung erzwungene Schriftstück für nichtig erklärt. Die Auflösung des Schriftstucks erfolgt am 9. Oktober.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ hat bei einem Waldbrand im Bezirk Ontario über 100 Personen getötet worden.

Dollar amt 1257,30 G.

Der Rathenau-Prozess

Der vierte Tag

Berlin, 6. Oktober.

In der heutigen Verhandlung des Rathenau-Prozesses (4. Tag), wurde mit der Zeugenvernehmung begonnen.

Quäsi wurde der Anwalt Dr. Brüder Ledow, Quäsi-Gelehrter Behrens auf Gut Wriegen, vernommen. Er sagte aus, auf Ernst Werner habe seine Freitagszeit großen Einfluß gehabt. Demals sei der Unterordnungssitz in ihm entstanden. Er habe überaus empfindliche patriotische Meinung. Nach seiner Entlassung habe er sich mit außerordentlichem Fleiß dem technischen Studium der Semster lang gewidmet. Während dieser Zeit habe er zweifellos an Treibereien nicht teilgenommen. Im Oktober habe er vor dem ersten Examen gestanden, sei aber, weil er das Programm zu früh gemacht habe, durch ministerielle Verfügung nicht zugelassen worden. Das habe bezweifelnd auf ihn gewirkt, und in dieser Zeit habe sich der Einfluß Günthers geltend gemacht. Ernst Werner sei stets ein bescheidener, offener Kerl gewesen, der sehr die Kameradschaft pflegte. Es sei ihm ganz unklar, wie dieser sonst so weiche Umgang zur Weisung der Besetzung nicht zugelassen sei kam. Einige Tage nach dem Vorbe sei der Zeuge mit seiner Frau nach seinem Gut zurückgekommen und habe Ernst Werner vorgefunden. Am nächsten Morgen sei die Zeitung gekommen, in der der Bruder Ledow vernommen wurde. Er habe seinen Revolver genommen in der Tasche, ihm diesen zu geben, damit er sich erlöse. Ein Revolver sei treibend geworden und habe gefeuert, er sei sein Mörder; er habe nur den Wagen gefahren um von der Tat nicht zu gedenken. Bei sich habe er nur eine Pistole und ein Notizbuch gehabt. Auf die Frage des Zeugen, ob er kein Geld und keine falschen Pässe bekommen habe, habe er geantwortet: Nein, die haben mich ein wenig helfen lassen, und ich habe ganz allein! Danach habe der Zeuge den Einbruch gemeldet, daß er zweifellos von der Mordabsicht gewußt, aber nicht gekannt habe, daß die Tat am Morgen begangen werden solle. Nach schweren Schritten sei er zu dem Entschluß gekommen, daß die Angelegenheit abgeschlossen werden würde, da er nicht zweifeln gelohnt worden wäre.

Hierauf wurde die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. Angeklagter Gustav Steinbech dem Verbande deutschösterreichischer Soldaten und anderen nationalen Verbänden, aber nicht der Organisation C angehört. Im Dresden war er ehrenamtlich im Bureau des deutschnationalen Jugendbundes, das unter Leitung des Kapitäns A. Wendroth tätig, am 18. Juni sei verhaftet worden, um mit Wendroth zu verhandeln. Von Rathenau sei nicht die Rede gewesen. Brandt habe ihm überredet, am nächsten Morgen zusammen mit Ledow, um seine Frage, was sie in Dresden wollten, habe Brandt geantwortet, darüber könne er keine Auskunft geben. Aus einem Mundstücken über die Gefangenenbefreiung in besetzten Gebiete habe er geschlossen, daß es sich um diese Angelegenheit handele. Auf seine Anmerkungen habe Brandt, nur demselben verführten Rathenau geantwortet. Weiterhin erklärte der Angeklagte sich bereit, seine früheren Aussagen über die Besorgung des Autos zu berichtigen, weitere Aussagen zu machen und unter Beweis zu stellen.

Auf Antrag des Verteidigers Dr. Käthebrunn, für diese Verhandlungen im Interesse des Staatswohl die Öffentlichkeit zu beschließen, um ein Grund hierfür vorzulegen, wurde gegen 10½ Uhr die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit gegen 11¼ Uhr verhandelt der Vorsitzende die Ablehnung des Antrages auf Ausschließung der Öffentlichkeit. Der Gerichtshof habe sich nicht überzeugen können, daß die Sicherheit des Reiches durch die Aussagen des Angeklagten gefährdet werde.

Steinbech sagte in seiner weiteren Vernehmung aus, es habe sich um Waffenbeschaffung, die über Dresden gehen sollten, und nicht um Gefangenenbefreiung gehandelt. Seine erste Aussage habe er nur gemacht, um zu vermeiden, daß die Angelegenheit in die Presse und dadurch zur Kenntnis der Feinde komme. Mit der Ermordung habe die Autobeschaffung nichts zu tun gehabt.

Es folgte die Vernehmung des Garagebesitzer Schmitt und Diebel. Schmitt erklärte, bei der Mietung der Garage sei ihm gesagt worden, es handle sich um einen geheim zu haltenden Fall. Von der Ermordung Rathenaus sei nicht die Rede gewesen; davon habe er erst nach der Tat bei Ledow gehört, der ihm, als er auf dem Hofe das Auto reinigte, sagte: „Sie haben Rathenau erschossen.“ Er habe Ledow lehrhafte Worte gegeben. Am Abend sei Hans Gerb Ledow gekommen und habe ihm gesagt, die Krappen im Auto müßten beschlagnahmt werden. Da er Schmitt selbst nicht in die Garage habe gehen wollen, habe Diebel sich dazu erboten. Daß die Krappen verbrannt werden müßten, habe er nicht gesagt. Er habe nicht gern in die Angelegenheit verwickelt werden wollen, zumal er sich vor der Ermordung Rathenaus gesehen habe und um die C, fürchte, er habe nicht getan, um das Auto zu beschlagnahmen, weil er die Krappen nicht beschlagnahmen wollte.

Auf die Frage, ob Schmitt ein gemeinsames Verbrechen mit dem mörderischen Werner gehabt, habe Schmitt eigenmächtig nicht einreden wollen; seine Meinung habe er nur in der Zwischenzeit gemacht. Hierauf trat eine Pause ein.



